

## **V-18 Prävention stärken, Konsument\*innen entkriminalisieren - für eine zukunftsgerichtete und menschenzentrierte Drogenpolitik in Berlin**

Gremium: LAG Drogenpolitik  
Beschlussdatum: 24.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzt sich für eine moderne, wissenschaftsbasierte  
2 Drogenpolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und speziell auf  
3 die  
4 Herausforderungen in Berlin eingeht. Repressive Maßnahmen führen zu einer  
5 Verschärfung der  
6 Problematik und verhindern den Zugang zu Hilfe und Unterstützung, insbesondere in  
bekannten  
Problemzonen wie dem Görlitzer Park, dem Kottbusser Tor, dem Leopoldplatz und dem  
Stuttgarter Platz.

7 Wir streben daher eine Politik an, die auf Gesundheitsförderung,  
8 Schadensminimierung ("harm  
9 reduction") und Entkriminalisierung statt auf Repression setzt. Dies bedeutet,  
10 präventive,  
11 therapeutische und niedrigschwellige Hilfsangebote gezielt zu stärken. Unser Ziel  
12 ist es,  
die Stigmatisierung von drogenkonsumierenden Menschen abzubauen und den Zugang zu  
Hilfsangeboten zu erleichtern, um so gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und  
die  
Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern.

13 **1. Hilfe statt Strafe - Entkriminalisierung und Entstigmatisierung von  
Konsument\*innen**

14 Drogenkonsum ist in Berlin gesellschaftliche Realität, und die Kriminalisierung  
15 von  
16 Konsument\*innen richtet großen Schaden an, ohne dass sie einen erkennbaren Nutzen  
für die  
Gesellschaft hat.

17 Sie führt zu einer schädlichen Stigmatisierung von Drogenkonsument\*innen,  
18 erschwert den

19 Zugang zu Hilfsangeboten, behindert die Resozialisierung und erhöht die durch  
20 Drogen  
21 verursachten gesundheitlichen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen  
22 Schäden.  
23 Beschaffungskriminalität, organisierte Kriminalität, hochgefährliche Beimengungen  
24 und  
25 überdosierte Präparate auf dem Schwarzmarkt sind nur einige der Gefahren, die  
26 vornehmlich  
27 durch die Prohibition und nicht durch Substanzen selbst herbeigeführt werden. Die  
durch die  
Kriminalisierung beabsichtigte generalpräventive Wirkung konnte bis heute nicht  
hinreichend  
wissenschaftlich belegt werden. Der Konsum illegaler Drogen in Berlin hat in den  
vergangenen  
Jahren und Jahrzehnten massiv zugenommen, während er bei den legalen Drogen  
Alkohol und  
Tabak durch Aufklärung, Prävention und eine erhöhte Besteuerung effektiv  
reduziert werden  
konnte.

28 Nach vielen Jahrzehnten der Prohibition muss anerkannt werden, dass sie  
29 grundsätzlich  
30 gescheitert und der bestehende Trend nicht durch repressive Maßnahmen bzw. eine  
31 "Law and  
Order"-Politik umkehrbar ist. Die Versprechen, mit denen konservative  
Politiker\*innen ihr  
schadhaftes Vorgehen gegen Konsument\*innen rechtfertigen, konnten nie eingelöst  
werden.

32 Wir fordern aktive Maßnahmen des Landes Berlin zur Entkriminalisierung  
33 konsumnaher Delikte  
34 und setzen uns für eine Öffentlichkeitsarbeit zur Entstigmatisierung  
35 drogenkonsumierender  
Menschen ein. Initiativen zur Sensibilisierung und Aufklärung können dabei  
helfen,  
gesellschaftliche Vorurteile abzubauen.

36 Ein Kernelement dieser Maßnahmen muss aus unserer Sicht sein, dass der Berliner  
37 Senat mit  
38 einer Allgemeinen Verfügung dafür Sorge trägt, dass bei konsumnahen  
39 Betäubungsmitteldelikten  
40 im Rahmen der aktuellen rechtlichen Möglichkeiten nach §31a  
41 Betäubungsmittelgesetz (BtMG),  
42 §37 BtMG und §153a Strafprozessordnung (StPO) von der Strafverfolgung in der  
Regel abgesehen  
wird - insbesondere sind für alle gängigen Betäubungsmittel "Geringe Mengen" nach

**§31a BtMG**

festzulegen. Deren Höhe ist so auszurichten, dass reine Konsument\*innen in aller Regel nicht von Strafverfolgung betroffen sind.

43 Vorbild hierfür kann die am 26.03.2015 vom Berliner Senat erlassene Allgemeine  
44 Verfügung zur  
45 Umsetzung des §31a BtMG in Bezug auf Cannabisdelikte sein. Der aktuelle  
46 bundesrechtliche  
47 Rahmen bietet ausreichende Möglichkeiten, bei der Entkriminalisierung auch dem  
48 höheren  
49 Risiko anderer Substanzen Rechnung zu tragen und den Fokus auf Beratungs- und  
50 Suchthilfeangebote zu legen, bspw. durch das Absehen von der Strafverfolgung unter  
(Therapie-)Auflagen (§153a StPO) - Hilfe statt Strafe, wie es bspw. in Portugal mit dem sog.  
"Portugiesischen Modell" seit 2001 erfolgreich praktiziert wird, soll Leitmotiv der Berliner Drogenpolitik werden.

51 Die Regulierung und der staatliche Umgang mit Drogen muss sich fakten- und  
52 wissenschaftsbasiert an dem individuellen Risikoprofil und den gesellschaftlichen  
53 Auswirkungen des Konsums der verschiedenen Substanzen orientieren.

54 Mittel und Ressourcen, die bisher für repressive Maßnahmen und die sinnlose,  
55 teure  
56 Inhaftierung zumeist mittelloser oder psychisch kranker Konsument\*innen  
57 aufgewendet wurden,  
58 sollen künftig in Prävention und Suchthilfe investiert werden. Die Umschichtung  
59 von Mitteln  
60 kann durch mehr Aufklärung, Entstigmatisierung und den Ausbau niedrigschwelliger  
61 Beratungsangebote (bspw. Drug-Checking) problematischen Konsummustern besser vorbeugen.  
Suchtkranken Menschen können durch mehr Angebote künftig bessere Perspektiven für den  
Ausstieg aus der Sucht oder alternativ besserer Zugang zu Substitutionstherapien eröffnet  
werden, die ein normales und in die Gesellschaft integriertes Leben ermöglichen.

62 Berlin soll sich an Modellprojekten zur Abgabe von Cannabis beteiligen und  
63 außerdem  
64 wissenschaftliche Modellprojekte zur niedrigschwelligen Abgabe auch anderer Substanzen prüfen, um den gefährlichen Schwarzmarkt einzudämmen.

65 **2. Entwicklung einer Berliner Sucht- und Drogenstrategie**

66 Die Berliner Drogenpolitik braucht eine umfassende und integrierte Strategie, die  
67 Prävention, Therapie und Schadensminimierung vereint. Diese Strategie muss auf  
68 den aktuellen  
69 Herausforderungen und Bedarfen der Stadt basieren und klare Ziele und Maßnahmen  
70 zur  
71 Reduktion drogenbedingter Gesundheitsrisiken festlegen. Funktionierende,  
bestehende  
Initiativen wie mobile Beratungseinheiten und Modellprojekte zum Drug-Checking  
sollten in  
diese Strategie integriert und ausgebaut werden.

72 Die Rolle der Strafverfolgungsbehörden soll sich dabei in erster Linie auf die  
73 Verfolgung  
74 der organisierten Kriminalität beschränken. Ein Austausch zwischen Suchthilfe und  
75 den  
76 Sicherheitsbehörden muss sichergestellt werden, um gemeinsam auf neue  
Herausforderungen und  
Risiken reagieren zu können; etwa, wenn besonders gefährliche neue psychoaktive  
Substanzen  
in Verkehr gebracht werden.

77 Suchtmittelabhängige Menschen haben einen Anspruch auf Behandlung, der  
78 niedrigschwellig  
eingelöst werden können muss.

79 **3. Stärkung und bürokratische Entlastung niedrigschwelliger Hilfsangebote**

80 Vermeintlich niedrigschwellige Hilfsangebote in Berlin wie Drogenkonsumräume und  
81 Drug-  
82 Checking-Programme werden unter anderem durch umfangreiche bürokratische  
83 Anforderungen  
84 erschwert zugänglich gemacht und erreichen viele Konsument\*innen derzeit nicht.  
85 Eine der  
86 Zugangsvoraussetzungen für Drogenkonsumräume ist das Ausfüllen des deutschen  
87 Kerndatensatzes  
88 zur Dokumentation im Bereich der Suchthilfe (KdS), der zeitintensive und  
89 detaillierte  
Angaben erfordert. Dies stellt für drogenkonsumierende Menschen eine erhebliche  
Hürde dar,  
da sie sich als Konsumierende registrieren und umfangreiche, sensible persönliche  
Daten  
preisgeben müssen. Angesichts der bestehenden Stigmatisierung und Repression ist  
dieser

**Prozess unangemessen und schreckt viele Betroffene davon ab, die dringend benötigten Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.**

90 **Diese Hürden müssen abgebaut werden, um den Zugang zu erleichtern und die**  
91 **Effizienz zu**  
92 **steigern. Wir fordern daher einen leichteren Zugang zu bereits bestehenden**  
93 **Hilfsangeboten,**  
94 **die Erhebung eines vollständigen KdS soll künftig für niedrigschwellige**  
**Hilfsangebote**  
**künftig keine Anforderung mehr sein, maximal nur noch stichprobenartig erfolgen**  
**und keine**  
**Zugangsvoraussetzung für Konsument\*innen sein.**

95 **Weiterhin fordern wir die Einführung besonders niedrigschwelliger Express-**  
96 **Drogenkonsumräume**  
97 **und den verstärkten Einsatz mobiler Beratungseinheiten in Berliner Problemzonen**  
98 **wie am**  
99 **Leopoldplatz verstärkt eingesetzt werden, um den Konsum aus dem öffentlichen Raum**  
100 **zu**  
**verlagern und Menschen vor Ort schnelle Hilfe zu bieten. Insbesondere die neuen**  
**Herausforderungen durch die zunehmende Verbreitung von Crack in Berlin müssen bei**  
**der**  
**Ausgestaltung der Drogenkonsumräume in Berlin berücksichtigt werden.**

101 **Betreiber von Drogenkonsumräumen sollen vom Land Berlin in die Lage versetzt**  
102 **werden, längere**  
**Öffnungszeiten und auch Drug-Checking anbieten zu können.**

103 **Substitutionstherapien sollen künftig deutlich niedrigschwelliger zugänglich**  
104 **sein, auch für**  
**Patienten ohne Krankenversicherung.**

105 **4. Verbesserte Verfügbarkeit von Drug-Checking und Überführung in ein**  
**Regelangebot**

106 **Drug-Checking ist eine zentrale Maßnahme zur Schadensminimierung, die den**  
107 **sicheren Konsum**  
108 **fördert und potenzielle Gesundheitsrisiken reduziert. In Berlin wird das seit**  
109 **2023**  
**bestehende Angebot sehr gut angenommen, aufgrund mangelnder Ressourcen kommt es**  
**dort jedoch**  
**zu langen Wartezeiten, die eine zusätzliche Schwelle zur Nutzung des Angebots**  
**darstellen.**

110 Wir setzen uns daher für die Ausweitung bestehender Berliner Modellprojekte ein  
111 und fordern  
112 deren Überführung in ein Regelangebot. Neben der Erhöhung der Kapazitäten, die  
113 derzeit vor  
114 allem von Freizeitkonsument\*innen genutzt werden, sollte das Monitoring auch  
115 verstärkt auf  
116 Substanzen der harten Drogenszene ausgeweitet werden. Besonders wichtig ist  
117 hierbei ein  
118 gezieltes Monitoring von Fentanyl, um die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen  
und bei  
Veränderungen in der Konsumlage rasch reagieren zu können. Der systematische  
Einsatz von  
Schnelltests spielt dabei eine entscheidende Rolle. Diese Tests zur Analyse von  
Substanzen  
müssen flächendeckend und niedrigschwellig angeboten werden, um eine wirksame  
Schadensminimierung für alle Zielgruppen sicherzustellen.

#### 119 5. Stärkung der Hilfe bei opioidbedingten Drogennotfällen

120 Die Bereitstellung von Naloxon, einem Notfallmedikament bei Opioid-  
121 Überdosierungen, ist  
122 essenziell für Berlin. Wir fordern die Aufhebung der Verschreibungspflicht, die  
123 Fortführung  
124 bzw. Ausweitung von Take-Home-Naloxon-Programmen und die Vorhaltung von Naloxon  
125 in  
Notdienst-Apotheken, um eine bessere Verfügbarkeit und eine schnelle  
Einsatzmöglichkeit zu  
gewährleisten. Berlin sollte die rechtliche Machbarkeit einer breiten Take-Home-  
Naloxonvergabe oder Rezeptausstellung auf Landesebene prüfen.

126 Zudem soll ein lokales Warnsystem etabliert werden, das vor gefährlichen  
127 Beimengungen und  
128 hohen Konzentrationen warnt (bspw. durch Aushänge an Brennpunkten, Smartphone-  
129 Apps, und  
Infoscreens in Drogenkonsumräumen). Ferner muss sichergestellt werden, dass  
Schnelltests für  
synthetische Opioide unkompliziert verfügbar sind.

130 Die Alarmierung von Rettungskräften bei Drogennotfällen darf nicht in eine  
131 Strafverfolgung  
von Konsument\*innen aufgrund des Besitzes von Betäubungsmitteln münden.

#### 132 6. Umgestaltung des öffentlichen Raums im Sinne der Integration

133 Der öffentliche Raum in Berlin sollte integrativ gestaltet sein und die

134 **Bedürfnisse von**  
135 **drogenkonsumierenden Personen und Wohnungslosen berücksichtigen. Maßnahmen gegen**  
136 **die**  
137 **Verdrängung, wie sie etwa am Hermannplatz und in Neukölln beobachtet wurden, sind**  
**kontraproduktiv und führen lediglich zu einer Verlagerung der Problematik in die**  
**umliegenden**  
**Kieze.**

138 **Stattdessen sollen geschützte und integrierte Bereiche geschaffen werden, die**  
139 **einen sicheren**  
140 **und würdevollen Konsum ermöglichen. Der Ausbau aufsuchender Sozialarbeit und**  
141 **Prävention im**  
142 **öffentlichen Raum wird helfen, die Situation langfristig zu verbessern; in jedem**  
143 **Bezirk kann**  
**eine Drogenszene entstehen. Die Gestaltung im Sinne eines Ausgleichs sollte auch**  
**im Zuge von**  
**klimabedingten Umstrukturierungsmaßnahmen berücksichtigt werden, die kurz- bis**  
**mittelfristig**  
**ohnehin anstehen.**

#### 144 **7. Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit**

145 **Bislang arbeiten verschiedene Akteure in versäulten Strukturen an landesweiten**  
146 **Problemen**  
147 **nebeneinander. Dies wird der komplexen Situation vor Ort nicht gerecht. Eine**  
148 **effektive**  
149 **Drogenpolitik erfordert eine enge Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren aus**  
150 **Präventions- und Suchthilfe, Polizei, Ordnungsamt sowie den übrigen bezirklichen**  
**Beteiligten**  
**in Berlin. Modelle zur aktiven Einbeziehung von Betroffenen sollten entwickelt**  
**und umgesetzt**  
**werden.**

151 **Wir fordern neben der verstärkten sektorenübergreifenden Zusammenarbeit den**  
152 **Aufbau eines**  
153 **verbesserten Datenaustauschs zwischen Polizei, Suchthilfe und anderen relevanten**  
154 **Einrichtungen und die verstärkte Förderung und Einbeziehung wissenschaftlicher**  
155 **Studien zu**  
156 **Problemlösungsstrategien. Insbesondere sollten anonymisierte Daten aus der**  
157 **Suchthilfe**  
**integriert werden, um ein umfassenderes Lagebild zu erstellen, das Maßnahmen**  
**besser steuern**  
**kann. Die Berliner Problemzonen könnten durch eine bessere Koordination**  
**effektiver**  
**adressiert werden.**

## **Begründung**

Die Berliner Drogenpolitik steht vor großen Herausforderungen. Die zunehmenden Fallzahlen drogenbedingter Todesfälle sowie der steigende Crack-Konsum verdeutlichen den Handlungsbedarf. Insbesondere die Problemzonen Görlitzer Park, Leopoldplatz, Kottbusser Tor und Stuttgarter Platz sind von einer zunehmenden Verelendung und sozialen Konflikten geprägt. Die schwarz-rote Landesregierung setzt derzeit auf repressive Maßnahmen, die lediglich Verdrängung ohne nachhaltige Lösungen bewirken

Dabei muss beachtet werden, dass der öffentliche Raum allen gehört und dementsprechend ein Ausgleich geschaffen werden muss, wenn es zu Nutzungskonflikten kommt. Dabei muss klar sein, dass auch suchtkranke Menschen als besonders vulnerable Gruppe den öffentlichen Raum nutzen müssen, und es auch dürfen. Hierfür muss es entsprechende Angebote geben. Dabei ist unser Ansatz, anstelle von Verdrängung bestimmter Gruppen mit allen Beteiligten in den Dialog zu treten und gemeinsam Lösungen zu finden. Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum sind oft soziale Probleme und können nur durch soziale Lösungen nachhaltig befriedet werden.

Die aktuelle wissenschaftliche Studienlage zeigt, dass geschützte Konsumräume und eine gezielte sektorübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit positive Effekte auf die Situation vor Ort haben können. Berlin sollte sich hieran orientieren und eigene Projekte entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen der Berliner Bezirke gerecht werden. Tradierte Denk- und Arbeitsansätze der Repression und Ausgrenzung müssen zugunsten inklusiver Ansätze verändert werden. Bei der Suche nach Problemlösungen muss das Reden über drogenkonsumierende Menschen abgelöst werden durch ein Reden mit ihnen.

Eine langfristige und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von Suchthilfeträgern ist unerlässlich. Ohne eine solide finanzielle Grundlage wird es nicht möglich sein, niedrigschwellige Angebote auszubauen und eine effektive Schadensminimierung und Prävention zu gewährleisten. Dies kann durch Umschichtung von Mitteln aus der repressiven in die präventive Säule erreicht werden. Nur durch gezielte, integrierte Maßnahmen kann Berlin eine Vorreiterrolle in der modernen Drogenpolitik einnehmen und die Lebensqualität drogenkonsumierender Menschen sowie ihres gesellschaftlichen Umfeldes langfristig verbessern. Eine Sparpolitik im Bereich Drogen und Sucht sorgt dafür, dass die Probleme kontinuierlich ansteigen. Die neuen Herausforderungen durch Crack und die Ausbreitung von anderen Substanzen - denkbar sind etwa vermehrt synthetische Opiode erfordern neue Handlungsstrategien und eine Abkehr von repressiven Ansätzen gegen Konsumierende.